



**Fachforum „Weichenstellungen für die Zukunft!
Übergänge im Jugendalter gestalten“
Leipzig, 3. Mai 2012**

– Ergebnisübersicht –

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Schule als Lebenswelt	2
3. Peers und Peergroups	4
4. Individuell beeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche.....	5
5. Außerschulische Bildungsangebote und -orte	6
6. Wirtschaft als Kooperationspartner.....	7
7. Institutionelle und entwicklungsbezogene Übergänge.....	8
8. Eigenständige Jugendpolitik.....	10
9. Fazit	12

1. Einleitung

Jugend ist eine entscheidende Lebensphase. In diesem Lebensabschnitt suchen junge Menschen ihren Platz in der Gesellschaft. Sie entwickeln ihre Persönlichkeit und ihre eigene Identität, machen wichtige Erfahrungen und stellen entscheidende Weichen für ihre Zukunft. Trotz der Vielfalt jugendlicher Lebenswelten stehen alle Jugendlichen vor der Herausforderung, vergleichbare Entwicklungsaufgaben (zum Beispiel Ablösung vom Elternhaus, Entwicklung eines eigenen Werte- und Normensystems) und strukturelle Übergänge (unter anderem Schulwechsel, berufliche Orientierung, Ausbildungseinstieg) zu meistern. Eine erfolgreiche Bewältigung dieser Übergänge ist ein wesentlicher Faktor für ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben. Gerade deshalb sind die Gestaltung der Übergänge sowie die Begleitung und Unterstützung der Jugendlichen auf dem Weg zum Erwachsenwerden von hoher Bedeutung.

Die Geschäftsstelle des „Zentrums für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik und den Aufbau einer Allianz für Jugend“ veranstaltete am 3. Mai 2012 in Leipzig das **Fachforum „Weichenstellungen für die Zukunft! Übergänge im Jugendalter gestalten“**. Etwa 100 Vertreterinnen und Vertreter von Kinder- und



Jugendhilfe, Schule, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und interessierter Öffentlichkeit diskutierten über verschiedene Herausforderungen im Kontext von Übergängen in der Lebensphase Jugend.

Ziel des Fachforums war es, Ideen und Ansätze für die erfolgreiche Gestaltung von Übergängen – insbesondere von der Schule bis zum Ausbildungseinstieg – zu bündeln. Darüber hinaus sollten konkrete Forderungen und Handlungsempfehlungen erarbeitet werden.

Unterteilt nach den thematischen Tagungsschwerpunkten „Schule als Lebenswelt“, „Peers und Peergroups“, „Individuell beeinträchtigte und benachteiligte Jugendliche“, „Außerschulische Bildungsangebote und -orte“, „Wirtschaft als Kooperationspartner“, „Institutionelle und entwicklungsbezogene Übergänge“ sowie „Eigenständige Jugendpolitik“, werden nachfolgend die Ergebnisse des Fachforums übersichtsartig dargestellt.

2. Schule als Lebenswelt

Schule ist ein zentraler Ort des Lebens von Jugendlichen. Der Begriff Schule wird in diesem Dokument jeweils nicht nur in der Bedeutung der Institution Schule benutzt, sondern in einem ganzheitlichen Verständnis des Ortes Schule an dem sich neben Unterricht vielfältige nicht formale und informelle Lerngelegenheiten bieten. Dazu gehören sowohl die Angebote außerschulischer Bildungsträger, als auch die informelle Bildung auf dem Schulhof, etwa durch Peers. Forderungen in diesem Kapitel sind daher nicht exklusiv an Lehrkräfte gerichtete. Der Ort Schule sollte idealerweise durch eine Zusammenspiel unterschiedlicher Fachkräfte und Angebote gekennzeichnet sein. Entsprechend ihrer zentralen Bedeutung sollte die Schule den Bezug zu anderen gesellschaftlichen Teilbereichen herstellen, die dort ablaufenden Entwicklungen aufgreifen. Mit Blick auf die heutigen Herausforderungen für Jugendliche wurde der Frage nachgegangen, bei welchen Weichenstellungen hin zu Interessensfindung, Kompetenzerwerb und Berufsorientierung die Schule ergänzend Unterstützung leisten kann. Darüber hinaus wurde diskutiert, mit welchen Akteuren in diesem Zusammenhang eine Kooperation sinnvoll ist und wie diese ausgestaltet sein sollte.

Schule sollte ein Ort sein, der jedem jungen Menschen Zukunftschancen eröffnet. Um das leisten zu können, muss sie durch Respekt, Wohnortnähe, vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten sowie feste und vertrauensvolle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner geprägt sein. Nur dann können sich junge Menschen mit „ihrer“ Schule identifizieren und lernen dort gerne.

Darüber hinaus sollte am Ort Schule nicht allein die Leistungsorientierung im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die Förderung der individuellen



Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung von jungen Menschen. Lernangebote sollten sich auf die individuellen Neigungen junger Menschen konzentrieren, ihre Neugier erhalten sowie das emotionale, kreative und soziale Lernen fördern. Es braucht eine Betrachtung der Potentiale junger Menschen und keine defizitorientierten Sichtweise. Damit es möglich ist, diese verantwortungsvollen Aufgaben zu erfüllen, wird gut ausgebildetes, der eigenen Vorbildrolle entsprechend agierendes Personal mit sozialpädagogischen Kompetenzen benötigt.

Betrachtet man die Bedeutung von Schule bei der Berufsorientierung und dem Übergang in Ausbildung, so gilt es, Jugendlichen nicht nur arbeitsmarkt- bzw. bedarfsorientierte, sondern auch individuelle, kompetenz- und interessenorientierte Optionen aufzuzeigen und zu vermitteln.

Es wird schnell deutlich, dass sich die Schule in einem besonderen Spannungsfeld bewegt. Auf der einen Seite sollen möglichst viele Freiräume für alle jungen Menschen zur Förderung der eigenen Persönlichkeitsentwicklung geschaffen werden. Auf der anderen Seite ist die Institution Schule auch immer geprägt von einem formalen Bildungsauftrag mit vorgegebenen Strukturen, wie beispielsweise der Schulpflicht und curricularen Verpflichtungen. Weiter steht der Ansicht, dass ein gewisses Maß an schulischem Leistungsdruck notwendig sein könnte, um auf die Anforderungen der Leistungsgesellschaft vorzubereiten, die Forderung gegenüber, dass Schule nicht zu stark selektieren darf und stattdessen die Zukunftschancen von allen Jugendlichen verbessern sollte.

Zudem muss Schule als zentraler Akteur auf heutige gesellschaftliche Herausforderungen für das Aufwachsen junger Menschen Antworten finden. So gelingt es beispielsweise nicht allen jungen Menschen, einen (guten) Schulabschluss zu erlangen. Aufgrund des Strukturwandels des Arbeitsmarktes haben aber gerade gering qualifizierte Jugendliche weniger Chancen, einen adäquaten Lehrberuf und später einen Arbeitsplatz zu finden. Solchen Jugendlichen Perspektiven aufzuzeigen und Chancen zu ermöglichen, ist eine gesellschaftliche und auch schulische Herausforderung.

Um Jugendlichen Chancen zu ermöglichen, müssen durchlässige Strukturen zwischen den verschiedenen Schulformen geschaffen werden. Schule muss sich als zentraler Lebensort von Jugendlichen zudem anderen gesellschaftlichen Bereichen öffnen. So stellen z. B. viele Schulen bereits ihre Räume für dauerhafte Angebote von Vereinen, Trägern oder Unternehmen außerhalb der Unterrichtszeit zur Verfügung stellen. Idealerweise sind Schulen nicht nur in Bildungslandschaften eingebunden, sondern interagieren auch mit dem sie umgebenden Sozialraum.

Wichtige Kooperationspartner von Schule sind beispielsweise die Berufseinstiegsbegleitung, die Schulsozialarbeit, Jugendhilfeangebote (z. B. im



Rahmen der Initiative JUGEND STÄRKEN) und lokale Unternehmen. Zur zielgerichteten Zusammenarbeit mit (lokalen) Akteuren benötigt jede Schule ein Berufsorientierungskonzept, bei dem sie die Koordinierung inne haben sollte. Damit Kooperationen nachhaltig wirken können, sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure ist nur dann realisierbar, wenn es einen stabilen finanziellen, personellen, strukturellen und rechtlichen Rahmen gibt. Hier ist der Bund in der Verantwortung, stabile Rahmenbedingungen für Kooperationen zu schaffen. Für gelingende Kooperationen sind des Weiteren kurze Wege, gegenseitiges Vertrauen und persönliche Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner nötig.

Betrachtet man die Ausgestaltungen von Kooperationen genauer, so bleiben noch einige Fragen offen, z. B., ob Schule im Rahmen eines Case Managements Schülerakten und individuelle Förderpläne an weiterführende Schulen bzw. an Akteure der Schulsozialarbeit und Berufseinstiegsbegleitung übergeben sollte, um schnelle und passgenaue Unterstützung zu ermöglichen, oder aber gerade der Übergang in eine weiterführende Schule als Neuanfang mit neuen (Start-)Chancen zu begreifen ist. Dann wäre eine Weitergabe der Akten bedenklich und zu vermeiden, da sie zu einer Stigmatisierung führen könnte. Ferner müssen gesellschaftliche Antworten auf die Frage gefunden werden, wie atypische Arbeitsverhältnisse (z. B. kurzfristige Arbeitsverträge) in der Schulsozialarbeit, die einer kontinuierliche Begleitung und Unterstützung von Jugendlichen im Wege stehen, abgelöst werden können.

3. Peers und Peergroups

Peers und Peergroups sind für junge Menschen eine zentrale Bezugsgruppe, die nicht nur den Rahmen für eine Vielzahl sensibler sozialer Vergleiche darstellt, sondern Jugendlichen auch entscheidenden emotionalen Rückhalt bieten kann.

Im Rahmen des Fachforums wurde die Bedeutung und Rolle von Peers und Peergroups bei der Bewältigung von strukturellen Übergängen und der beruflichen und gesellschaftlichen Integration diskutiert. Darüber hinaus wurde der Frage nachgegangen, wie Peers in diesen Integrationsprozess auf vielfältige Weise einbezogen werden können, und ob Jugendliche das überhaupt wollen.

Unter anderem setzten sich die Teilnehmenden mit gezielten Peer-Involvement-Ansätzen auseinander (z. B. Peer-Counseling als Beratung durch Jugendliche; Peer-Mediation im Sinne von Konfliktschlichtung sowie Peer-Education als gegenseitige Information/Bildung/Mentoring). Beispielhaft wurde das Mentoring-Projekt zur beruflichen Integration junger Hauptschülerinnen und Hauptschüler mit Migrationshintergrund „Freunde schaffen Erfolg“ der Caritas Stuttgart diskutiert.



Gefragt wurde zudem, ob Jugendliche bzw. junge Erwachsene, die bestimmte Übergangspassagen bereits erfolgreich bewältigt haben, eine Vorbild- und Unterstützungsfunktion gegenüber Jugendlichen erfüllen (können), die diese Passagen noch meistern müssen. Darüber hinaus wurden Anhaltspunkte zu der Frage gesucht, inwiefern Jugendliche die gegenseitige Peer-Unterstützung bewusst als Sozialisationsfunktion empfinden und in welcher Art und Weise die Potentiale von Peers bei der Gestaltung beruflicher Übergänge berücksichtigt werden sollten oder ob es sich bei Peerbeziehungen um sensible Schonräume handelt, die nicht „verzweckt“ werden dürfen.

Im Rahmen des Fachforums wurden jedoch keine zufriedenstellenden Antworten auf die genannten Fragen gegeben. Entsprechend sollte die Konsultation der Jugendlichen im Rahmen des Beteiligungsprojektes „ichmache→politik“ auf die Expertise von Schülerinnen und Schülern mit Peer-Erfahrung bei der Gestaltung von Übergängen abzielen.

4. Individuell beeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche

Aufgrund ungünstiger Rahmenbedingungen und Lebensumstände stellen Übergänge für individuell beeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche oftmals eine besondere Herausforderung dar. Wie die letzte Shell-Jugendstudie zeigt, sehen fast 20 Prozent der Jugendlichen in Deutschland keine Perspektive für sich. Im Fokus des Fachforums standen die besonderen Herausforderungen und darauf aufbauenden Unterstützungsmöglichkeiten und -systeme im Übergangskontext.

Der Wandel der Arbeitswelt führt zu immer höheren Anforderungen an junge Arbeitskräfte und daraus folgend dem zunehmenden Ausschluss gering qualifizierter junger Menschen. Benachteiligten jungen Menschen trotzdem Chancen auf Ausbildung und Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen, kann nur gelingen, wenn alle an Übergängen beteiligten Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen und diesen Jugendlichen sinnstiftende Lebens- und Arbeitsmodelle aufzeigen. Das Übergangssystem als Antwort ist nicht ausreichend. Bei einem Teil der Jugendlichen führt es nicht zu einer Verbesserung der Anschlussperspektive.

Benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einem schwierigen oder ohne Zugang zu Ausbildung und Arbeit müssen alternative Schulformen, individuelle sozialpädagogische Begleitung und eine aufsuchende Jugendsozialarbeit, eine an besonderen Bedarfen ausgerichtete und anschlussorientierte Berufsvorbereitung und Qualifizierung sowie Nachqualifizierung als anerkannte Regelangebote zur Verfügung stehen. Eine Kooperation mit Partnern der außerschulischen Bildungsarbeit und der Wirtschaft ist dafür unerlässlich.



Es existieren genügend Instrumente zur Unterstützung benachteiligter Jugendlicher, es mangelt aber an deren Bündelung und Systematik. Folglich muss das Fördersystem für diese Jugendlichen kohärenter gestaltet werden. Kohärente Förderung ist offen für alle, am Individuum orientiert, transparent, durchlässig, anpassungsfähig und beweglich. Sie darf nicht zu einer Begrenzung der Vielfalt der Hilfsangebote führen. Vielmehr muss sichergestellt werden, dass die Jugendlichen die für sie passenden Angebote erhalten und dass diese Angebote sinnvoll aufeinander abgestimmt sind. Dazu bedarf es Transparenz und kompetenter Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die die Jugendlichen beraten und bei Bedarf auch über einen längeren Zeitraum kontinuierlich begleiten. Fachkräfte der Jugendsozialarbeit sollten darin geschult werden, Jugendliche „stigmatisierungsfrei“ zu beraten und zu begleiten.

Der Bund muss verbindliche länderübergreifende Rahmenbedingungen festlegen, die dann den lokalen Bedingungen entsprechend angepasst werden können. Die Steuerung und das Monitoring des Fördersystems sollten auf kommunaler bzw. regionaler Ebene in Netzwerken erfolgen, wobei eine enge Kooperation und intensive gemeinsame Planung der Akteure des Übergangssystems an den Schnittstellen der Rechtskreise (SGB II, SGB III, SGB VIII, SGB IX) und insbesondere der Jugendsozialarbeit nötig ist.

5. Außerschulische Bildungsangebote und -orte

Das Fachforum setzte sich unter anderem mit der Bedeutung außerschulischer Bildungsangebote für die Interessensfindung, berufliche Orientierung und gesellschaftliche Integration von Jugendlichen auseinander. Im Mittelpunkt standen die Fragen, wie außerschulische Bildungsangebote sinnvoll in die „Übergangsgestaltung“ eingebunden werden können und welche Rahmenbedingungen hierfür vorhanden sein müssen. Darüber hinaus wurde diskutiert, ob außerschulische Jugendarbeit im schulischen Kontext erfolgen kann und soll und ob dies gelingt.

Außerschulische Bildungsorte und -angebote sind in der Regel non-formal und von Freiwilligkeit geprägt, meist für alle Jugendlichen zugänglich und erfüllen daraus folgend eine soziale Integrationsfunktion. Sie eröffnen vielfältige Perspektiven und Horizonte und vermitteln non-formale Kompetenzen, Fähigkeiten und Kenntnisse. Ob daraus folgend im Sinne einer ganzheitlichen Bildung eine engere Vernetzung mit der Schule sinnvoll ist oder aber außerschulische Bildungsangebote grundsätzlich außerhalb bzw. unabhängig von Schule gemacht werden sollten, ist eine kontrovers diskutierte Frage.

Bisher ist eine gemeinsame Übergangsgestaltung von schulischen und außerschulischen Bildungsorten die Ausnahme. Hierfür müssten die Akteure die



gegenseitigen Angebote besser kennen, die Notwendigkeit und Vorteile einer Zusammenarbeit verinnerlichen und gemeinsame Ziele und Methoden formulieren. Außerdem wäre eine offensive Information Jugendlicher über entsprechende Angebote notwendig. Ein erster Schritt hierzu wäre der partnerschaftliche Austausch der Akteure aus Schule, Jugendpolitik, außerschulischer Jugendarbeit und Wirtschaft.

Für die Einbindung von außerschulischen Bildungsangeboten in die Übergangsgestaltung müssen entsprechende Rahmenbedingungen im Sinne zeitlicher, räumlicher, finanzieller und personeller Ressourcen vorhanden sein bzw. geschaffen werden. Dann könnten z. B. außerschulische Bildungsangebote im Rahmen von mehrwöchigen Praktika als Orientierungsphase in den schulischen Kontext integriert werden. Bei gemeinsamen Ansätzen der Übergangsgestaltung ist aber zu berücksichtigen, dass die Fachstandards der außerschulischen Bildungsarbeit bei eventuell konträren Haltungen und Interessen der Kooperationspartner nicht aufgegeben werden dürfen. Zudem sind die Perspektive und die zur Verfügung stehende Zeit der Jugendlichen zu berücksichtigen.

6. Wirtschaft als Kooperationspartner

Im Rahmen eines Themenschwerpunktes wurde diskutiert, zu welchem Zeitpunkt und an welcher Stelle eine schulische Einbeziehung von Akteuren aus der Wirtschaft sinnvoll und notwendig ist. Dabei ging es um Möglichkeiten, Kooperationen konstruktiv auszugestalten, sowie um notwendige Rahmenbedingungen. Es wurden Erfahrungen ausgetauscht, die jeweiligen Sichtweisen der Akteure und die Erwartungen und Anforderungen an Jugendliche kritisch reflektiert.

Diskutiert wurde, wann die berufliche Orientierung im Schulbereich ansetzen sollte. Der Forderung nach einer möglichst frühen Förderung der Berufsorientierung in altersgemäßer Form wurde entgegengesetzt, dass die Persönlichkeitsentwicklung zunächst wichtiger sei, da sie maßgeblich ist, um sich im weiteren Lebensverlauf überhaupt orientieren zu können.

Zur genauen Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft existieren bisher verschiedene Empfehlungen mit Eckpunkten, Zielsetzungen und Qualitätskriterien (beispielsweise www.sachsen-macht-schule.de/schule-wirtschaft), die einen guten Orientierungsrahmen bieten. Die Erfahrungen der Teilnehmenden haben gezeigt, dass die Zusammenarbeit unterschiedlich ausgestaltet werden muss, je nachdem, ob es sich um Kleinbetriebe, mittelständische Unternehmen oder Großunternehmen handelt. Bei Kooperationen mit Kleinbetrieben sind die begrenzten Ressourcen zu berücksichtigen.



Da es Schulen häufig an Informationen über Kooperationsmöglichkeiten mit möglichen Wirtschaftspartnern vor Ort mangelt, werden des Weiteren Plattformen zur besseren Vernetzung und Informationsvermittlung über existierende Möglichkeiten zur Zusammenarbeit gefordert.

Beim Übergang von Jugendlichen in eine Ausbildung gilt, dass neben der Ausbildungsfähigkeit der jungen Menschen auch die Ausbildungskompetenz von Betrieben in den Blick zu nehmen ist. Unklar ist, ob sich Unternehmen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung zunehmend auch für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler öffnen, sofern diese entsprechende soziale Kompetenzen mitbringen. Sollte dies nicht der Fall sein, müssen Kooperationen aufgebaut werden, die dies fördern. Eine enge Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Fachkräften der Jugendsozialarbeit kann Unternehmen dabei helfen, sich auf diese neue Zielgruppe einzustellen.

Wenn Unternehmen jungen Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf eine Chance bieten und die Ausbildung an ihre speziellen Bedürfnisse anpassen (z. B. spezielle Arbeitszeiten, innerbetrieblich Ausbildung etc.), werden sie dafür oftmals mit hochmotivierten Mitarbeitern „belohnt“.

Erwähnt wurde, dass die kompetenz- und interessenbasierte Berufsorientierung von Jugendlichen in übergangsbegleitenden Kooperationen mit der Wirtschaft handlungsleitend sein sollte. Es würde zu kurz greifen, ausschließlich die strategischen Wirtschaftsinteressen als Leitlinien der Kooperationen zwischen Schule, Jugendhilfe und Wirtschaft in den Blick zu nehmen.

Schulen sollten zusätzlich auch verstärkt Kooperationen mit Ausbildern und Arbeitgebern jenseits von Wirtschaft eingehen, so z. B. mit freien Trägern oder Verbänden.

7. Institutionelle und entwicklungsbezogene Übergänge

Ein weiterer Schwerpunkt des Fachforums lag auf den allgemeinen institutionellen und entwicklungsbezogenen Übergängen im Jugendalter und deren Wechselwirkungen.

Trotz der demographischen Entwicklung ist nicht mit besseren Zukunftschancen und beruflichen Perspektiven für alle Jugendlichen zu rechnen. Obgleich das Bildungsniveau junger Menschen steigt, wird der Ausbildungs- und Berufseintritt nicht leichter. Offene Lehrstellen werden zunehmend nicht besetzt, da Jugendliche regional nicht verfügbar sind oder aber nicht die notwendigen Kompetenzen haben (regionale und kompetenzbezogene Passungsproblematik). Unter vielen Jugendlichen nimmt die Unsicherheit über die eigene ökonomische Zukunft zu, was zu einem höheren Leistungsdruck, zu höheren Flexibilitätsanforderungen und



einem zunehmenden Druck, die richtigen Entscheidungen zu treffen, führt. Weiter existieren gesellschaftliche, ökologische und demographische Unsicherheiten, die oftmals reproduzierte Ängste der Erwachsenen darstellen. Vor allem bei den 18-25jährigen ist darüber hinaus ein hoher Statusdruck zu beobachten.

Gleichzeitig sind die Entwicklungsaufgaben, wie beispielsweise die Herausbildung einer selbstständigen Persönlichkeit und Autonomie, nahezu unverändert geblieben. Allerdings haben sich die zeitlichen Horizonte, in denen sie bewältigt werden (müssen) und die Rahmenbedingungen verändert. Es existiert kein „typischer“ Lebensverlauf mehr, z. B. beim Übergang von der Schule in eine anschließende Ausbildung oder einen Beruf. Die möglichen Wege hin zu einer Erwerbstätigkeit sind vielfältig und haben sich ausdifferenziert.

Zu beachten ist, dass institutionelle Übergänge (z. B. Schulwechsel, Ausbildungseinstieg) und Entwicklungsphasen immer in Wechselwirkung zueinander stehen und deshalb nicht isoliert betrachtet werden können. Die Herausforderungen bei der erfolgreichen Bewältigung von Übergängen sind deshalb für jeden Jugendlichen unterschiedlich und individuell verschieden. Da die Entwicklung eines Jugendlichen stark vom Alter abhängt, ist im Umkehrschluss auch eine altersdifferenzierte Betrachtung von Übergängen notwendig.

Darüber hinaus verfügen Jugendliche über individuelle Kompetenzen und Ressourcen (persönlicher, sozialer, räumlicher, zeitlicher und finanzieller Art), oftmals abhängig von der Ressourcenausstattung der Eltern, die den Umgang und das Handeln im Übergangskontext beeinflussen. So lassen sich Jugendliche in sogenannte „Bildungsverzögerer“, „Bildungsbeschleuniger“ und „Bildungsverlierer“ eingruppiieren.

- „Bildungsverlierer“ sind häufig sozial benachteiligt und haben schlechte Chancen und Perspektiven im Umgang mit den vielfältigen Herausforderungen, die sie zu bewältigen haben. Ihnen gelingt der Übergang in eine Ausbildung oder einen Beruf oftmals nicht.
- Die „Bildungsbeschleuniger“ aus bildungsschwächeren Elternhäusern sind bemüht, möglichst schnell Übergänge zu meistern und Bildungserfolge zu erzielen. Dabei verzichten sie in gewisser Weise auf emotionales und soziales Lernen, so dass persönlichkeitsbezogene Entscheidungen schlechter getroffen werden können. Es kann also sein, dass ihnen trotz „geradlinigem Karriereweg“ entscheidendes Rüstzeug für die Zukunft fehlt.
- Den „Beschleunigern“ gegenüber stehen die „Bildungsverzögerer“ aus bildungsstarken familiären Zusammenhängen, die es sich bei der festzustellenden Verdichtung im Bildungsbereich (z. B. „G8“, Studienreform) leisten können, Freiräume nachzuholen und den Ausbildungs- oder Berufseintritt zu verzögern. 30 bis 40 Prozent der Jugendlichen vollziehen keinen direkten Einstieg in eine Ausbildung, wovon ein gewisser Anteil das aus eigenem Wunsch tut. Nicht selten dienen die Freiräume der eigenen



Persönlichkeitsentwicklung (Auslandsaufenthalt o. ä.). Die „Bildungsverzögerer“ nehmen des Weiteren häufiger eine zweite Ausbildung auf oder brechen eine Ausbildung ab. Auch solche Umwege können der eigenen Entwicklung dienen.

Jugend als Lebensphase ist keine Durchgangsphase, sondern hat eine Qualität an sich. Um sich entfalten zu können, brauchen alle Jugendlichen Freiräume. Dies ist insbesondere bei der Gestaltung von Übergängen zu bedenken. Darüber hinaus muss sich die Unterstützung an den Bedarfen und Kompetenzen der Jugendlichen ausrichten. Eine rein an der Arbeitsmarktlage und wirtschaftlichen Erwartungen orientierte Unterstützung der Jugendlichen ist nicht erfolgversprechend.

Die klassischen Sozialisationsinstanzen können nicht „alleine stehen“, um Jugendliche bei institutionellen und entwicklungsbezogenen Übergängen zu unterstützen. So repräsentieren Eltern nicht mehr die Arbeitswelt („Berufe werden nicht mehr vererbt“), weshalb weitere Akteure nötig sind. Jugendliche brauchen feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die verschiedene Instanzen und Schnittstellen repräsentieren. Breit angelegte Zuständigkeiten (Bund, Länder, Kommunen) führen hierbei zu Koordinierungsschwierigkeiten. Für eine bessere Abstimmung von beruflichen Qualifizierungsangeboten ist eine engere Kooperation von Schulen, außerschulischen Bildungsträgern, Jugendhilfe, Jobcentern, Agenturen für Arbeit, Unternehmen und Kammern etc. notwendig.

8. Eigenständige Jugendpolitik

Die im Folgenden aufgeführten jugendpolitischen Thesen, Forderungen und offenen Fragen zur Realisierung eines eigenständigen Politikfeldes Jugendpolitik wurden insbesondere im Plenum formuliert. Aber auch in den Workshops wurden immer wieder themenorientierte Anschlussforderungen für die Eigenständige Jugendpolitik aufgestellt.

Kontrovers diskutiert wurde darüber, ob es derzeit einen veränderten Blick auf die Jugend gibt. Ein Wandel der politischen Perspektive auf Jugendliche wurde insofern festgestellt, als dass jugendpolitische Diskussionen in den 1980er Jahren tendenziell eher freiraumorientiert geführt worden sind, während seit den 1990er Jahren eine starke Arbeitsmarktorientierung vorherrscht, die neue Erwartungen an Jugendliche mit sich bringt. In diesen Motivationszusammenhang wurde der teilweise vorgebrachte Vorwurf einer (sozial)politischen Diskriminierung von Jugendlichen durch die Einstellung von Hilfeleistungen nach SGB II bei „mangelnder Mitarbeit“ gestellt.

Festgehalten wurde, dass Jugendpolitik als Politikfeld nur eine untergeordnete Rolle spielt. Während Bereiche wie der Kita-Ausbau oder die Hilfen zur Erziehung



derzeit prioritär behandelt werden, finden Jugend(verbands)arbeit und Jugendsozialarbeit weniger politische Aufmerksamkeit. Sofern Jugendpolitik eine Rolle spielt, wird sie vorrangig aus Erwachsenenperspektive gemacht. Jugendliche selbst werden kaum beteiligt. Darüber hinaus wurde die These aufgestellt, eine besondere Konzentration jugendpolitischer Ansätze richte sich auf den städtischen Raum.

Um Jugendpolitik zu stärken, muss geklärt werden, wie die möglichen Finanzierungsbedarfe einer Eigenständigen Jugendpolitik erfüllt werden können. Hierbei wurden bestehende Ansprüche der Kinder- und Jugendhilfe als gefährdet betrachtet; teilweise auch eine selbstbewusste Vertretung gegenüber anderen Ressorts gefordert.

Als ein Leitbild für eine Eigenständige Jugendpolitik wurde formuliert, dass neue Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit alle Jugendlichen ihre gewünschte Zukunft erreichen können – sowohl im Hinblick auf berufliche als auch auf persönliche Vorstellungen. Berufliche Perspektiven sollen in Abhängigkeit von Interessen und Kompetenzen verwirklicht werden können, persönliche Lebensstile und -modelle, Werte und Familienvorstellungen frei wählbar sein.

Folgende Grundsätze einer Eigenständigen Jugendpolitik wurden festgehalten:

Eine Eigenständige Jugendpolitik muss...

- ...in Zeiten von Optionsvielfalt Jugendliche bei der Orientierung und bei Entscheidungen unterstützen, ohne ihre Handlungsfähigkeit zu untergraben.
- ...eine Politik der vielen Chancen sein.
- ...die Perspektive von Jugendlichen bei der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik berücksichtigen und deren Beteiligung garantieren.

Eine Eigenständige Jugendpolitik versteht sich als Anwalt von Jugendlichen. Das heißt, Jugendpolitik muss...

- ...sich von der Defizitorientierung abwenden und ein neues, positives Bild von Jugend zeichnen. Die Leistungen und das Engagement von Jugendlichen sind anzuerkennen. Jugendliche sind nicht nur „Humankapital“.
- ...Jugendliche auch gegenüber anderen Generationen vertreten. Das Politikfeld muss mit den entsprechenden finanziellen Budgets gestärkt werden.

Eine Eigenständige Jugendpolitik muss jugendpolitische Fragen differenziert betrachten, indem sie...

- ...die spezifischen Herausforderungen verschiedener Altersgruppen (Jugendliche, junge Erwachsene) analysiert.
- ...regionale Unterschiede (insbesondere Stadt/Land) in den Blick nimmt.



Jugendpolitik ist Gemeinschaftsaufgabe, insofern...

- ...bedarf es eines übergreifenden Konzepts für relevante politische Ressorts.
- ...muss Jugendpolitik den Dialog mit anderen „Ressorts“ federführend gestalten und notfalls die Auseinandersetzung zugunsten besserer Lebens-, Bildungs- und Entwicklungsbedingungen von Jugendlichen führen (z. B. Durchlässigkeit im Bildungssystem, Förderung der Ausbildung benachteiligter Jugendlicher durch Wirtschaft etc.).
- ...wird eine realistische Beschreibung von Jugend aus verschiedenen politischen Perspektiven gebraucht. Dazu gehören auch die Erwartungen und Anforderungen an Jugendliche.
- ...müssen Bund, Länder und Kommunen ihre spezifischen Herausforderungen wahrnehmen und ihren jeweiligen jugendpolitischen Aufgaben nachkommen. So können auf Bundes- und Landesebene vielfältige Ansätze, Unterstützungsleistungen und Angebote gebündelt und die Kommunen, die maßgebliche Budgetverantwortung haben, bei der Umsetzung unterstützt werden.
- ...braucht Jugendpolitik lebensweltnahe Partner, um im direkten Sozialraum der Jugendlichen positiv wirken zu können.

9. Fazit

Neben Herausforderungen, die Jugendliche bei institutionellen und entwicklungsbezogenen Übergängen zu bewältigen haben, wurden während des Fachforums Ideen, Ansätze und Forderungen für die erfolgreiche Gestaltung von Übergängen gesammelt und erarbeitet. Hierbei wurden Schule und außerschulische Bildungsangebote ebenso wie die Gestaltung von Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft und die besonderen Förderungsansätze für benachteiligte Jugendliche in den Blick genommen.

Die Diskussion bewegt sich in einem besonderen Spannungsfeld. Auf der einen Seite geht es darum, Jugendliche bestmöglich auf ihrem Lebensweg, bei ihren entwicklungsbezogenen Veränderungen und den strukturellen Übergängen zu unterstützen. Hierfür müssen adäquate Angebote gestaltet werden, von denen wegen steigender übergangsbezogener Herausforderungen in den letzten Jahren tendenziell mehr benötigt werden. Auf der anderen Seite braucht es Freiräume und selbstbestimmte Zeitspannen zur persönlichen Entfaltung, der Verwirklichung eigener Interessen und der Realisierung ehrenamtlichen Engagements. Ein wiederkehrender Diskussionsschwerpunkt in den verschiedenen Workshops und im Rahmen der Podiumsdiskussion war daher die auch aufgrund der Übergangsherausforderungen zunehmende „Verzweckung“ jugendlicher Frei- und Entfaltungsräume sowie die Eingrenzung der Selbstbestimmtheit junger Menschen. Folgende Diskussionen während der Fachveranstaltung stehen hierfür exemplarisch:



- Im Rahmen der Auseinandersetzung mit „Schule als Lebenswelt“ von Jugendlichen wurde z. B. kritisiert, dass Schule zu stark in jugendliche Beziehungen und Räume eingreift und es somit zu einer „Kolonialisierung jugendlicher Lebensorte“ komme.
- Kritisiert wurde auch, dass sich Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft zu stark an wirtschaftlichen Zielsetzungen ausrichten und Jugendliche beeinflusst werden, sich an arbeitsmarktrelevanten Motiven anstatt an persönlichen Interessen auszurichten.
- Gefordert wurde, außerschulische Lern-, Bildungs- und Freizeitangebote keinesfalls zu „verschulen“.
- Kritisiert wurde schließlich eine „Verzweckung von Peer-Beziehungen“, die als Freiräume erhalten bleiben müssen.

Bei der Übergangsgestaltung müssen das skizzierte Spannungsfeld und die damit verbundenen Herausforderungen berücksichtigt werden. Dringend erforderlich ist außerdem die (bessere) Vernetzung verschiedener Akteure der Übergangsgestaltung.